Mediendienst

Stuttgart, 7. Mai 2015

Freie Demokraten

Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Kern: Wer die Axt ans Gymnasium legt, legt sie an unseren Wohlstand

In einer von der FDP-Landtagsfraktion beantragten Aktuellen Debatte zum Arbeitspapier „Gymnasium 2020“ des Kultusministeriums forderte der bildungspolitische Sprecher der Freien Demokraten im Landtag, **Dr. Timm Kern**, den Ministerpräsidenten und den Kultusminister zu einer klaren Positionierung zur Zukunft des Gymnasiums auf.

„Für uns Freie Demokraten steht fest, dass nicht nur ‚Gymnasium‘ auf dem Türschild draufstehen sollte, sondern auch, dass die Inhalte und die Qualität auch in Zukunft den bisherigen hohen Standards der Gymnasien in Baden-Württemberg entsprechen müssen. Durch ihr widersprüchliches Verhalten haben aber sowohl die Landesregierung als auch die Regierungsfraktionen nicht eben Klarheit hinsichtlich ihrer eigenen Position zum Gymnasium geschaffen. Zu Beginn der Woche ließ der Ministerpräsident noch öffentlich verkünden, am Gymnasium gebe es nichts zu rütteln, und das Gymnasium solle unangetastet bleiben. Einen Tag später aber stellte sich der Ministerpräsident hinter seinen Kultusminister und verteidigte inhaltlich das Papier ‚Gymnasium 2020‘.“

Kern weiter: „Bisher hat der Ministerpräsident immer öffentlich beteuert, niemand brauche sich Sorgen vor der Gemeinschaftsschule zu machen. Schließlich gebe es als zweite Säule im baden-württembergischen Bildungssystem mit dem Gymnasium noch eine Alternative zum selbstgesteuerten Lernen in der Gemeinschaftsschule. Aber was nützt im Bildungsbereich ein Zwei-Säulen-System, das wir Freien Demokraten im Übrigen als erfolgreiche Schularten untergrabende Strukturvorgabe ablehnen, wenn in beiden Säulen mehr oder weniger die gleiche Pädagogik vorgeschrieben wird?“

Womöglich spreche die Grüne Jugend nur das aus, was die grünen Politiprofis im Landtag und in der Regierung aus wahltaktischen Gründen lieber verschweigen: "Die Einführung der GMS durch die grün-rote LR war ein richtiger, erster Schritt. Konsequenterweise muss sie zu Schule für alle ausgebaut werden Ein Modell mit dem Gymnasium als zweiter Säule würden wir für den falschen Weg halten", so die GJ-Landessprecher gegenüber der Südwest Presse.

Die grün-rote Koalition stehe vor einem riesigen Dilemma, so Kern. Wörtlich sagte er: „Seit dem Regierungswechsel haben die Koalitionäre den Eltern erzählt, dass ihre Kinder auf einer Gemeinschaftsschule sämtliche Schulabschlüsse einschließlich des Abiturs erreichen können. Nun zeigt sich aber, dass Grün-Rot dieses Versprechen nicht einlösen kann. Denn nach heutigem Stand gibt es gerade einmal eine einzige Gemeinschaftsschule, die über eine ausreichende Zahl an Schülern verfügt, um eine Oberstufe anbieten zu können. Es ist also faktisch Nichts mit der Reifeprüfung an den

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de

Gemeinschaftsschulen. Deshalb suchen Grüne und SPD nun in Ihrer Not einen gymnasialen Notausgang für die Schüler der Gemeinschaftsschule und wollen die Oberstufe gemeinschaftsschultauglich umbauen. Im Zentrum steht dabei nicht die Frage nach der Qualitätssicherung der Oberstufe des Gymnasiums, sondern die Sorge um den Gemeinschaftsschulschüler, der das Abitur am allgemeinbildenden Gymnasium machen möchte.

Kern verwies in diesem Zusammenhang auf den Berufsschullehrerverband: „Völlig zu Recht weisen die Praktiker darauf hin, dass es in Baden-Württemberg mit den beruflichen Gymnasien bereits heute für unsere Schüler mit mittlerer Reife einen überaus erfolgreichen dreijährigen Weg zum Abitur haben. Wir Freie Demokraten fordern Sie auf: Investieren Sie lieber in den Ausbau der beruflichen Gymnasien. Das nützt auch den Absolventen der Gemeinschaftsschulen viel mehr als Überlegungen, wie sich das Niveau der allgemeinbildenden Gymnasien absenken lässt. Die FDP-Fraktion hält nichts von diesen nun bekannt gewordenen Plänen zur Umgestaltung der baden-württembergischen Gymnasien. Diese Pläne gefährden das hohe Niveau unserer Abiturientinnen und Abiturienten und legen damit die Axt an den Wohlstand unserer Heimat. Allein deshalb hat die Bevölkerung ein Anrecht darauf zu erfahren, wie sich die Regierungskoalition zum Papier „Gymnasium 2020“ positioniert und welche Elemente sie umzusetzen plant.“

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de